

Feature II

Chinas Weltmachtsambitionen, Russland, der Ukraine-Krieg und Taiwan – Eine Einschätzung¹ –

Die Führungen der ungleichen „strategischen Partner“ China und Russland eint die gemeinsame Ablehnung westlicher Interessen und der vielbeschworenen sogenannten wertebasierten Weltordnung unter UNO-Auspizien, an deren Erhalt wirtschaftlich und militärisch schwache Staaten, zu denen mittlerweile auch Deutschland gehört, ein massives Interesse haben. Die USA, die sich in der Vergangenheit auch nicht immer an internationales Recht hielten, werfen beiden Ländern vor, stattdessen eine „destruktive Weltordnung“ zu verfolgen, beziehungsweise neutraler formuliert, die traditionelle Machtpolitik vergangener Jahrhunderte wiederzubeleben, die auf militärischer Stärke, der Sicherung exklusiver Märkte und Rohstoffquellen, Kolonien und nationalen Einflussphären beruht und diese Hegemonialrolle zur Not auch mit Blockaden und Krieg durchzusetzen sucht. Das gemeinsame Ziel beider Staaten wäre dann die Kontrolle Eurasiens, des Indischen Ozeans, des Westpazifiks und Südasiens gegen Amerika.

Natürlich ist jene asymmetrische „Partnerschaft“ kein Bündnis, denn China ist historisch nie Bündnisse mit irgendeiner Macht eingegangen, um sich in deren Kriege, die nicht im eigenen Interesse lagen, hineinziehen zu lassen (so wie das Deutsche Reich anno 1914), und schon gar nicht von einem Junior-Partner wie Russland mit einer stagnierenden Wirtschaftskraft (BIP) der Größe Spaniens (oder der Niederlande und Belgiens vereint) und einer schrumpfenden Bevölkerung von 122 Millionen im Gegensatz zu seinen 1,4 Milliarden, also in beider Hinsicht einem Verhältnis von 1:10 entsprechend, ähnlich wie Österreich und Deutschland, eine Beziehung, die sich allerdings nicht an Machtkriterien misst.

China und Russland sind durch einen Freundschaftsvertrag von 2001 verbunden – einer „Freundschaft ohne Grenzen“, wie Außenminister Wang Yi betont –, der im Vorjahr wieder verlängert wurde. Dann gibt es die „Shanghai Cooperation Organisation“ (SCO), die von beiden dominiert, gelegentlich Militärübungen veranstaltet, bei denen fiktive Terrornester in Schutt und Asche zerschossen werden, aber im Wesentlichen im Namen der Terror-Bekämpfung den westlichen Einfluss in Zentralasien ausschalten will. Die SCO repräsentiert bislang eine kuriose Arbeitsteilung. China beutet die Rohstoffe der

¹ Stand: 14. März 2022

Region aus und Russland spielt den unterbezahlten Polizisten. Bei der Niederschlagung der Krawalle in Kasachstan im Januar 2022, bei der Proteste gegen die Verdoppelung der Flüssiggaspreise durch angeblich aus dem Ausland gesteuerte Islamisten aus dem Ruder liefen und gleichzeitig der neue Staatschef Tokajew seinen Vorgänger, den Langzeitdiktator Nazarbayew, endgültig ausbootete, mobilisierte Putin bei der Niederschlagung nicht die SCO, sondern das von Russland dominierte Bündnis für Kollektive Sicherheit (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, OVKS), denn schon 2014 hatte er Kasachstan mit seiner großen russischen Minderheit im Norden (zumeist die Nachkommen Deportierter aus der Stalinzeit) als Teil der „großen russischen Welt“ das Recht auf Eigenstaatlichkeit ähnlich wie Weißrussland und der Ukraine abgesprochen.

Der Ukraine-Krieg

Bis kurz nach dem russischen Angriff vom 24. Februar 2022 wiederholten die chinesischen Medien und Außenminister Wang Yi die Kremlpropaganda, die USA schürten eine Kriegshysterie (tatsächlich täuschte sich Joe Biden beim Angriffstermin nur um wenige Tage) und der Konflikt sei von US-Waffenlieferungen und dem angeblich bevorstehenden NATO-Beitritt der Ukraine provoziert worden und man verstehe die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands. Bei der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking hatte Putin Präsident Xi Jinping offensichtlich zugesichert, im Gegensatz zu den Olympischen Sommerspielen vom August 2008, als er Georgien angriff, erst das Ende der Winterspiele am 20. Februar abzuwarten.

China befindet sich jedoch in einem Dilemma. Einerseits gehören das Bekenntnis zur territorialen Integrität und nationalen Souveränität sowie die Ablehnung von jeglichem Separatismus zur chinesischen Staatsraison. Immerhin besteht das Land aus 23 Provinzen mit eigenen Sprachen und Identitäten und den kolonial unterworfenen Tibetern, Uiguren und (Inneren) Mongolen. So hat China 2014 weder die Annektion der Krim noch die sogenannten „Volksrepubliken“ von Luhansk und Donezk anerkannt. Andererseits glaubte die chinesische Führung Putins Propagandamärchen, er werde in einem nahezu gewaltlosen Blitzkrieg mit nur einem Minimum an Truppen in Kiew – wie weiland Hitler im März 1938 in Wien – als diesmal entnazifizierender Befreier bejubelt einziehen. Deshalb evakuierte China auch seine 6000 Staatsbürger im Lande nicht. Als der dilettantisch geplante russische Angriff nach wenigen Tagen festlief und mehr und mehr Opfer und Zerstörungen forderte, Putin gar indirekt mit Atomwaffen drohte und mit Panzern auf AKWs schießen ließ, wurde der chinesischen Führung klar, dass man sich mit einem gewissenlosen Abenteurer eingelassen hatte, der nunmehr unüberschaubare Risiken einging, die man ihm als gelernten Tschekisten, der bislang nur begrenzte Kriege geführt hatte, nicht zugetraut hatte und die auch nicht im chinesischen Interesse lagen. China muss nun seine beträchtlichen Investitionen in Seidenstraßen-Objekte – Häfen zumeist – in der Ukraine abschreiben und Ersatz für die Importe von Eisenerz, Getreide und Ölsaaten aus der mit ihren reichen Schwarzerdeböden traditionellen Kornkammer der Welt, in der in diesem Frühjahr die Aussaat ausfallen wird,

finden. Schockiert hat die Chinesen die unerwartete Härte der westlichen Sanktionen, die den Rubel und die Moskauer Börse in den freien Fall trieben und auch die Devisenschätze der russischen Zentralbank blockierten, und die internationale Isolation Russlands, dessen Angriffskrieg in der UNO von 141 Nationen (bei 5 Gegenstimmen) verurteilt wurde. China enthielt sich sowohl im Sicherheitsrat als auch in der Generalversammlung und ist damit in dem Konflikt offiziell „neutral“. Obwohl die Staatsmedien die Kriegsberichterstattung herunterspielen, ist die zunehmende Distanz zum russischen „Partner“ mit der Dauer und zunehmenden Brutalisierung seiner Kriegsführung unübersehbar. Dennoch lehnt China jegliche Vermittlerrolle bislang ab. Denn sollte sich der Krieg länger hinziehen mit russischen Verlusten und einer Wirtschaftskrise wie 2008 im Gefolge der dann anhaltenden Westsanktionen, würde Putins vassallenartige Abhängigkeit von Peking enorm verschärft. Mit seinem naiven Glauben an die selbstlose chinesische Unterstützung gegen den Westen wäre der russische Bär direkt in Xi Jinpings raffiniert gestellte Falle getappt, so die Professorin Nina Lwowna Chruschtschowa².

Taiwan als Nächstes ?

Das war die öffentlich geäußerte Befürchtung nicht nur von Präsidentin Tsai Ing-wen: Bei einer reibungslosen Eroberung der Ukraine ohne großes Echo und internationale Kosten könnte sie als Blaupause für die Invasion Taiwans durch Rotchina dienen. Immerhin ist die Heimführung der seit 1949 faktisch unabhängigen Inselnation von 24 Millionen kein unverbindlicher Slogan mehr wie in der Vergangenheit, sondern seit 2012 erklärtes politisches Lebensziel von Diktator Xi Jinping, der ebenso wie Putin der Ukraine und Kasachstan der abtrünnigen Provinz eine nationale Identität und das Recht auf Eigenstaatlichkeit abgesprochen hat und diesen Triumph innenpolitisch auskosten will. Dazu will die KPCh ihre systemische Überlegenheit demonstrieren. Deshalb soll die taiwanische Demokratie als erfolgreicherer rivalisierendes Modell verschwinden.

Nahezu täglich werden der taiwanische Luftraum und die Seegrenzen durch chinesische Kampfflieger und Schiffe ihrer Küstenwache verletzt. An der 100 km entfernten gegenüberliegenden Küste von Fujian sind alle Mittelstreckenraketen der Volksbefreiungsarmee disloziert, die in wenigen Minuten die Großstädte Taiwans in Schutt und Asche legen könnten. Militärisch wahrscheinlicher wäre jedoch zunächst der Versuch, den Luftraum zu sperren und Haupthäfen wie Kaohsiung zu verminen und durch U-Boote zu sperren. Die Amerikaner, für die Taiwan als Teil der westpazifischen Inselkette strategisch und wegen seiner weltweit führenden Halbleiterproduktion wirtschaftlich wesentlich wichtiger ist als etwa die Ukraine, schickten sogleich zwei Flugzeugträgergruppen ins Südchinesische Meer und einen Kreuzer in die Straße

² Russisch-US-amerikanische Politologin und Professorin für Internationale Politik an der New School in New York. Sie ist eine Urenkelin des sowjetischen Politikers Nikita Chruschtschow.

von Taiwan (während die deutsche Fregatte Bayern diese heroisch weiträumig im Pazifik umsegelte. Eine in Berlin erhoffte Einladung zum Andocken in Schanghai blieb dennoch aus). Seit 1971 Richard Nixon nach Henry Kissingers Geheimdiplomatie die Volksrepublik anerkannte und sie ihren einstigen Kriegsverbündeten Nationalchina verrieten, verfolgen auch die USA eine „Ein-China Politik“, lehnen aber eine einseitige Veränderung des Status quo, sprich eine gewaltsame Einverleibung Taiwans, ab und rüsten die Insel weiter auf. Ihre Reaktion auf eine chinesische Aggression lassen sie bewusst ambivalent. Putin und Xi Jinping mögen nach dem unberechenbaren Trump dann Joe Biden nach dem schmähhlichen und überstürzten Rückzug aus Afghanistan im September 2021 für einen schwachen Präsidenten gehalten haben, während dessen Regentschaft man ungestraft Aggressionskriege durchführen könne. Allein der unerwartete heldenhafte Widerstand der Ukrainer und die Härte der westlichen Sanktionen dürfte auf Peking einen heilsamen Abschreckungseffekt ausgeübt haben. Im Gegensatz zu Russland, das nur die Fluchtgelder seiner Oligarchen im Ausland in Gestalt von Luxusvillen, Yachten und Schwarzgeldkonten geparkt hat, hat China wesentlich substantiellere Investitionen weltweit und ist damit weitaus verwundbarer: Volvo könnte wieder schwedisch werden, Kuka in Augsburg wieder deutsch, der Hafen von Piräus wieder griechisch ... Auch die chinesischen Schulden von Kirgisistan über Montenegro bis Sambia könnten als Teil einer internationalen Sanktionenkiste locker abgeschrieben werden. Mit dem Zusammenbruch der Seidenstraßen-Investitionen wäre auch die Rohstoff- und Energieversorgung Chinas akut gefährdet. Kurzum, es erscheint als keine Übertreibung, dass der Heldenkampf der Ukrainer Taiwan vorerst gerettet hat.

Chinas Weltmachtsambitionen

Chinas Ambitionen sind kein Staatsgeheimnis, sondern offen bekundete Slogans, wie etwa „Made in China“, also 2025 in allen Spitzentechnologien autark zu produzieren, oder im Jahr 2049, dem hundertsten Jahrestag der kommunistischen Machtergreifung, zur führenden militärischen und Wirtschaftsmacht der Welt aufzusteigen und die Amerikaner endgültig zu entthronen. Schon am Ende dieses Jahrzehnts wird Chinas Wirtschaftskraft wahrscheinlich jene der USA überholen.

Die geopolitisch unterfütterte Expansionsstrategie beruht auf mehreren Achsen:

1. Die fortgesetzte Technologieakquisition durch strategische Unternehmenskäufe, internationale Forschungsprojekte, Auslandsstudien, Zwangstransfers bei China-Investitionen und Industriespionage
2. Repression durch einen totalitären Überwachungsstaat nach innen, einschließlich der Gleichschaltung von Hongkong und Macao 2019 und der verschärften Unterdrückung kolonisierter Nationen wie den Uiguren, Tibetern und Inneren Mongolen
3. Sicherung des Machtmonopols der KPCh und der persönlichen Macht von Xi Jinping durch einen neuen Personenkult und null Toleranz gegenüber jeglicher inner- wie außerparteilicher Kritik

4. Die Sicherung der Rohstoffversorgung und Absatzmärkte durch eurasisch-kontinentale, aber auch maritime Infrastrukturinvestitionen („Seidenstraße“) in Südostasien und im Indischen Ozean
5. Militärisch der Versuch, die seit 1945 amerikanisch beherrschte erste Inselkette im Westpazifik durch die Militarisierung der chinesisch beanspruchten Atolle im Südchinesischen Meer, die Ansprüche auf die japanischen Senkaku-Inseln südlich von Okinawa und die Drohungen gegenüber Taiwan mit einem massiven Flottenbauprogramm aufzusprengen, sowie den regionalen Erzrivalen Indien durch Scharmützel im umstrittenen tibetisch besiedelten Grenzgebiet des Himalaya zu binden.
6. Schließlich die Neigung, internationales Recht nur dann zu akzeptieren, wenn es chinesischen Interessen dient und ansonsten souverän zu ignorieren. Gerechtfertigt wird dies von der KP-Propaganda mit einem chinesischen Opfermythos, nachdem für die Umkehrung des China im 19. Jahrhundert und bis 1949 von den Westmächten, Russland und Japan zugefügten Unrechts jedwede Mittel zulässig sind.

Die Seidenstraßen-Initiativen (auch: „One belt, one road“)

Ursprünglich war dies – der Name deutet es an – ein Konzept für die Erschließung des verarmten ex-sowjetischen Hinterhofs in Zentralasien. China baute Pipelines für west-kasachisches Öl und Gas aus Turkmenistan, transportierte diese Rohstoffe nebst Baumwolle aus Usbekistan nach China und versorgte die Länder dann auf neuen Fernstraßen mit billigen chinesischen Konsumartikeln. Zweifellos würden Putins aktuelle Begierden auf die Kontrolle von Kasachstan – mit seiner großen russischen Minderheit im Norden – die chinesischen Interessen an kasachischem Öl, Erdgas, Uran, Mangan, Kohle und Eisenerz enorm beeinträchtigen.

Gleichzeitig wurde auch der Seeweg in den Persischen Golf und nach Ostafrika durch eine „Perlenkette“ von Hafeninvestitionen in Kambodscha, Myanmar (Burma), Sri Lanka, den Malediven, Gwadar (Pakistan) bis zum neuen Marinestützpunkt in Dschibuti um die rivalisierende Regionalmacht Indien herum entwickelt und gesichert. Zusätzlich baut China von Kaschgar in Xinkiang eine Schnellstraßen- und Bahnverbindung quer durch Pakistan zu seinem Hafen Gwadar am Arabischen Meer, um so den Indischen Ozean ganz zu umgehen und seinen Westen weiter wirtschaftlich zu erschließen.

Die „Seidenstraße“ setzt sich in Südeuropa fort. Der Hafen von Piräus ist voll in chinesischem Besitz als Zugang zum Balkan mit weiteren Eisenbahnprojekten im Hinterland, etwa einer Schnellbahn zwischen Belgrad und Budapest, oder einem mit 260 Millionen EU-Geldern (!) finanzierten Autobahnbrückenbau nördlich von Dubrownik durch einen chinesischen Staatsbaukonzern. Dazu hat China Minderheiten-Beteiligungen an den meisten italienischen und französischen Häfen. Der Zweck der Übung: eine schnellere Abfertigung für chinesische Frachter und damit ein klarer Wettbewerbsvor-

teil. Dazu funktioniert auch auf dem Balkan die chinesische Schuldenfalle. So wollte sich Montenegro von China eine schöne Autobahn durch die Schluchten des Balkan nach Serbien bauen lassen – sie ist bis heute unvollendet. Mit 800 Millionen Schulden – und 20 Millionen Euro pro Kilometer die teuerste unbenutzbare Autobahn der Welt – hat Montenegro mit seinen 600.000 Einwohnern eine Staatsschuld von 24% des BIP bei China allein. Nun blüht ihm die Pfändung seiner E-Werke und Häfen.

Es ist dabei in guter Gesellschaft: Mindestens 40 Entwicklungsländer sind zu mehr als 10% ihres BIP bei China oder der chinesisch kontrollierten Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank AIIB verschuldet. Dabei hält China nichts vom Schuldenerlass des westlichen Gutmenschentums, der Schuldnerstaaten von Griechenland bis Zimbabwe es ermöglicht, sich billig wieder erneut zu verschulden. Nein, es pfändet knallhart: Häfen, Ölfelder, Kupferminen, Flugplätze, Plantagenland.

Interessant ist seine Entwicklungspolitik in Afrika. Während die Europäer als Missionare der säkularen Menschheitsbeglückung und der Klimarettung die Millenniumsziele der UNO (Alphabetisierung, Armutsbekämpfung, Frauenrechte, Trinkwasser und Abwasserklärung etc.) mit einer Armee von überbezahlten UNO- und NGO-Funktionären umzusetzen suchen – angesichts der explodierenden Geburtenraten mit nur minimalem Effekt –, ist der chinesische Weg ein anderer: Sie bauen und liefern das, was dem örtlichen Diktator am liebsten ist: Waffen für seine regimentsstarke Leibwache, ein neuer funkelnader Präsidentenpalast, ein neuer Flughafen, eine schöne neue Autobahn oder ein großes Sportstadion, und lassen sich dafür Ölfelder, Fischereirechte, Schürfkonzessionen und Ackerland verpfänden. Menschenrechtskriterien, solche der Nachhaltigkeit, des Umweltschutzes oder der guten Regierungsführung spielen verständlicherweise keine Rolle. Zweimal darf man raten, welches Entwicklungsmodell seit einem Jahrzehnt für den Sponsor wohl das erfolgreichere ist.

In Südostasien

Die 10 ASEAN-Staaten würden gerne anstatt nur – in Grenzen – etwas Freihandel zu betreiben und auf jährlichen Gipfeln bei Fototerminen folgenlos zu palavern auch eine Rolle in der Sicherheitspolitik spielen. Sie pflegen jedoch wie die EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen das Einstimmigkeitsprinzip und damit passiert ebenfalls vorhersehbar – nichts. Unter den ASEAN-Staaten fühlen sich die angeblich „preußischen“ Vietnamesen von China, dem sie 1979 in einem Grenzkrieg eine empfindliche Niederlage zufügten, am stärksten bedroht. Die aggressive Expansionspolitik der Chinesen im Südchinesischen Meer, die dort Atolle innerhalb einer dubious gestrichelten Linie von 9 Punkten auf der Seekarte seit 10 Jahren zu Marinestützpunkten mit Landebahnen und Raketenstellungen ausbauen (übrigens sehr schöne Zielpunkte für die amerikanische Navy), beeinträchtigt die See- und Schürfrechte nicht nur Vietnams, sondern auch der Philippinen, von Malaysia, Brunei und von Indonesien. Dazu bedroht das hochgerüstete chinesische Vorgehen auch die Freiheit der Meere in jenen entscheidenden Wasserstraßen zwischen Europa, Arabien und Ostasien. Dagegen sind Kam-

bodscha, die Junta von Myanmar und das kommunistische Regime in Laos Klientel im chinesischen Lager. Thailand und Singapur lavieren neutral zwischen den beiden und wollen es sich mit China als dem größten Handelspartner der Region nicht verscherzen.

Wenig Wunder, dass die Amerikaner in Gestalt von Joe Biden, mit ihrem neuen AU-KUS-Pakt (Australien, Großbritannien, US) und dem Quad-Sicherheitsdialog der USA, Indiens, Australiens und Japans die ASEAN-Länder völlig ignorieren. Dabei droht ihnen Ungemach auch im Binnenland. China baut an den Oberläufen des Irrawaddy und des Mekong zur Elektrizitätsgewinnung gewaltige Staudammkomplexe, die die Reiskulturen, die Flussfischerei, aber auch die Existenz der Flussdelfine auf dem Mekong und das einzigartige Ökosystem des Sees von Tonle Sap und die Wasserversorgung im Unterlauf in Myanmar, Laos, Kambodscha und Vietnam enorm beeinträchtigen werden. Die kommunistischen Planer in Peking interessiert dies wenig.

Wo bleibt Sibirien?

Das mit 33 Millionen Einwohnern fast menschenleere Sibirien, in dem fast alle Rohstoffe Russlands lagern: Öl, Gas, Nickel, Uran, Gold, Diamanten, Bauxit, Paladium, Erze und Kohle, ist Objekt der heimlichen Begierden Chinas. In den Jahren 1858 und 1860 wurde die Qing-Dynastie vom Zarenreich gezwungen, riesige Ländereien nördlich des Amur und östlich des Ussuri, einschließlich Sachalins, an Russland abzutreten. Nachdem die verhassten „ungleichen Verträge“ mit den Kolonialmächten Portugal, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Japan und den USA allesamt längst aufgekündigt sind, sind jene mit Russland die letzten verbleibenden. Gelegentlich beschreibt ein vorwitziger nationalistischer chinesischer Professor die chinesischen Ansprüche. Da sie zur Unzeit erfolgen, wird er schnell zurückgepfiffen. Heute leben in jenem Grenzstreifen entlang der Transsib nördlich des Amur und in Russisch-Fernost noch etwa 5 Millionen Menschen – vor allem in den überalterten Städten Chabarowsk und Wladiwostok. Südlich des Amur dagegen leben 110 Millionen Chinesen in den Provinzen der Mandschurei. Aus jener für chinesische Verhältnisse zurückgebliebenen Schwerindustriezone sind bereits hunderttausende – legal oder weniger legal – in den Norden eingesickert, vor allem als Händler, Gastwirte, Hoteliers, aber auch als Pächter großer Flächen von Ackerland, das dort meist brach liegt. Weil in China der Holzeinschlag wegen der Wiederaufforstungsprogramme sehr erschwert ist, pachten mobile chinesische Sägewerke hunderttausende Hektar sibirischen Waldes, den sie nach dem Fällen eigentlich wieder aufforsten müssten, dies aber in Ermanglung von Kontrollen selten tun. Hatte ursprünglich Michail Chodorkowski seine Pläne eines dem Kreml nicht genehmen Pipelinebaus nach China mit der Enteignung seiner Yukos und 9 Jahren Lagerhaft bezahlen müssen, so hat nach jahrzehntelangen Verhandlungen Gazprom 2021 in den Bau einer Gaspipeline von Irkutsk zur chinesischen Grenze eingewilligt. Die Verhandlungen gestalteten sich deshalb so schwierig, weil China beim Bau und der Finanzierung seiner Pipelines stets auf voller Kontrolle ab Quelle besteht und nur einen Bruchteil des Weltmarktpreises bezahlen will. Umgekehrt insistiert der

Kreml auf seiner vollen Kontrolle der nationalen Bodenschätze und hat nicht deshalb nach Putins Antritt amerikanische, britische und japanische Energieunternehmen aus dem Land geworfen, um die Ressourcen an die Chinesen abzutreten, die vor Ort mit großem Misstrauen gesehen werden. 1969 war es zwischen der Volksbefreiungsarmee und der Roten Armee zu wochenlangen Gefechten um die umstrittenen Damanski-Flussinseln im Ussuri mit hunderten von Toten gekommen. Im Jahr 2005 trat Putin diese unbewohnten Inseln (chin. Zhenbao Dao) an China ab.

Man muss nicht mit prophetischen Gaben gesegnet sein, um zu erkennen, dass die Zeit eindeutig zu Chinas Gunsten arbeitet und Russland in nicht allzu ferner Zukunft den Preis für die sträfliche Vernachlässigung seiner Industrie, seiner Dienstleistungen und der produktiven Privatunternehmen zahlen muss, den es für die Vergeudung seiner sibirischen Rohstofflöse für Prestigebauten, sinnlose militärische Abenteuer und die Korruption und hemmungslose Bereicherung der Kreml-Oligarchen verschwendet hat.

Der Brüsseler Papiertiger: EU-Europa

Wie Russland nutzt auch China das Einstimmigkeitsprinzip der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik nach dem bewährten Grundsatz des „divide et impera“. Im chinesischen Lager sind mit wechselnden Rollen Griechenland und Ungarn, auf die regelmäßig Verlass ist, kritische Menschenrechtsresolutionen von Hongkong bis Tibet und Ostturkestan (Xinjiang) zur Unkenntlichkeit zu verwässern. Wackelkandidaten sind auch Italien (schließlich ist fast die ganze Textilindustrie von Prado unter chinesischer Kontrolle) und Deutschland während der 16-jährigen Herrschaft von Frau Merkel, die alljährlich ihre Pilgerfahrten nach Peking mit großem Industrieerfolge antrat, dort unter großem Medienrummel milliardenschwere unverbindliche Absichtsvereinbarungen unterschrieb (die selten das Licht des Tages sahen), aber immerhin die von klimapolitischen Schikanen in Europa gequälte deutsche PKW-Industrie verführte, durch den Verkauf jedes fast zweiten oder dritten ihrer Autos vom chinesischen Markt einzigartig abhängig zu werden.

Als Litauen im Vorjahr es wagte, die taiwanische Vertretung in Vilnius unter dem Landesnamen „Taiwan“ aufzulisten, rächte sich Peking nach wilden Beschimpfungen der 3-Millionen-Nation in seinen Staatsmedien im Stil seiner neuen „Wolfs-Diplomatie“ und strich Litauen präzedenzlos aus seiner Zollliste. Damit kann in jenem flagranten Bruch aller WTO-Regeln kein direkter Handel – Exporte wie Importe – mit Litauen mehr betrieben werden. Auch wurde der Verkehr per Güterzug unterbunden und die Botschafter aberufen. Während das Handelsvolumen (300 Millionen Euro im Jahr) nicht gerade bedeutsam ist und die Absicht dem chinesischen Sprichwort „Kill a chicken to scare the monkeys“ entspricht, ist die Reaktion der ach so solidarischen Wertegemeinschaft EU bezeichnend. Nur Polen und Tschechien zeigten Sympathien. Der heroische Rest ging auf Tauchstation, um Peking nicht zu verärgern, mit dem Vorwand, Litauen habe sein Vorgehen nicht mit der EU abgesprochen. 2012 hatte China noch das Format 17:1 mit den Mittelosteuropäern gegründet (Litauen war einer davon), um im

Hinterhof der EU Einfluss zu gewinnen. Heute sind die EU-Teilnehmer weitgehend ernüchtert und das Format politisch tot.

Politische Einflussnahme und Spionage laufen jedoch auf verschiedenen Ebenen weiter. Da sind einmal die Konfuzius-Institute, die der Propaganda-Abteilung der KPCh unterstehen und an Sinologie-Fachbereichen europäischer Unis angedockt sind und stets einen chinesischen Vizedirektor haben, der die politische Aufsicht und Zensur ausübt – obwohl die Programme meist harmlos nach Sprachunterricht und Kochkursen aussehen. Dann werden die mit staatlichen Stipendien studierenden Studenten und Doktoranden – fast immer Naturwissenschaftler, so gut wie nie Sozial- und Geisteswissenschaftler – von den chinesischen Konsulaten an jeder Uni organisiert und regelmäßig befragt. Sämtliche Chinesen sind laut nationalem Sicherheitsgesetz verpflichtet, mit dem Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Dies gilt nach Pekinger Verständnis auch für formal ausländische Staatsbürger chinesischer Herkunft. Oft werden deshalb auch Familienangehörige in der Heimat unter massiven Druck gesetzt. Mit der 5G Technologie des mit dem Militär eng verbundenen Huawei-Konzerns und sozialen Medien wie TikTok lassen sich Kommunikationen und persönliche Daten unschwer weltweit sammeln. Gezielt werden über LinkedIn und andere Internet-Foren für China interessante Kandidaten – übrigens auch aus Russland – meist aus dem Hightech-Bereich mit lukrativen Forschungsaufträgen geködert, nach China zu einer Vortragsreise oder einem Lehrauftrag eingeladen und dort mit den üblichen Methoden: Geld, Liebe, Anerkennung oder ideologischer Sympathie zum Geheimnisverrat oder als Einflussagent rekrutiert. Dazu kommt eine von den interessierten Ministerien systematisch angeleitete Cyber-Spionage.

Hatten ursprünglich chinesische Milliardäre (wie die japanischen 30 Jahre zuvor) in strategisch wenig sinnvolle Luxusspielzeuge wie französische Schlösser, Weinberge, Hotelketten, Villen in Mayfair und Studios in Hollywood investiert, piff sie die Partei bald zurück und befahl ihnen, sich nur noch in von ihr vorbestimmte technologisch führende westliche Betriebe einzukaufen. Ziel ist selten, in Europa zu fertigen, dazu sind die europäischen Arbeiter zu teuer, aus Sicht des chinesischen Managements, das an Schichtbetrieb rund um die Uhr gewohnt ist, zu faul, der Betriebsrat überflüssig, und die Umwelt- und Arbeitsschutznormen sowie die Energiekosten und Steuern zu hoch. Kurzum, es geht darum, die Blaupausen und Patente nach China zu schaffen, das dortige Personal von den eingekauften Ingenieuren ausbilden und dann nach einer Schamfrist die westliche Fertigung auslaufen zu lassen. Beliebt sind vor allem größere Mittelständler, die in einem Produktsegment, oft als Zulieferer für die Automobil- und Flugzeugindustrie oder als Maschinenbauer eine Weltführerschaft haben. Als Deutschlands einziger Roboterbauer Kuka in Augsburg 2020 vom chinesischen Haushaltsgerätehersteller Midea übernommen wurde, wachte das politische Berlin kurzzeitig auf und beschloss, solche Übernahmen künftig überprüfen lassen zu wollen. Passt ist seither jedoch wenig, weder in Berlin noch in Brüssel, wenn nicht nichts.

Westliche Unternehmen haben weiterhin, wollen sie in China investieren, einen chinesischen Partner zu akzeptieren, mit dem sie die verwendete Technologie und die erzielten Gewinne unter dem wachsamen Auge der Parteizelle des Gemeinschaftsbetriebs brüderlich teilen müssen. Bei versprochenen Großaufträgen wie Schnellzugsystemen verlangt China von allen Bewerbern die Vorablieferung von Prototypen und technischen Details. In diesem Fall bauten seine tüchtigen Ingenieure die Westmodelle (TGV, Pendolino, ICE, Shinkansen) so lange auseinander und wieder zusammen (im Jargon „reverse engineering“ genannt), bis man sich entschied, die Züge doch in Eigenregie im eigenen Land zu bauen. Das gleiche passierte im Flugzeugbau und verschonte nicht einmal die russischen Freunde. Aus dem Mehrzweckkampfflugzeug Suchoi SU 30 wurde das Shenyang J 16, das den Russen in einer verbesserten und billigeren Variante auf ihren Rüstungsmärkten Konkurrenz macht.

Und wo bleibt das internationale Recht?

Vor gut zwei Jahrzehnten, im Jahr 2001 trat China mit großen Fanfaren der WTO bei. Hinfort, so meinte die wohlmeinende westliche politische Klasse und ihre medialen Unterstützer, würden die Chinesen und ihre KP auf jenem Zukunftsmarkt durch die Segnungen des Freihandels und den wachsenden Wohlstand den Wert von Eigentumsrechten, der Marktwirtschaft, von Rechtssicherheit, Gewaltenteilung, Informations- und Meinungsfreiheit und letztlich auch der westlichen Demokratie erkennen. In der Tat nutzte die chinesische Führung die Meistbegünstigungsklausel der WTO zur weltweiten Markterschließung, dachte jedoch im Gegenzug nicht im Traum daran, den chinesischen Markt selbst voll zu öffnen und den Schutz von Auslandsinvestitionen und geistigem Eigentum zu gewähren. Signifikanter Marktzugang wurde nur bei Investitionen gestattet, und diese wurden nur als Gemeinschaftsunternehmen mit zwangsweisem Technologietransfer genehmigt. Von Rechtssicherheit oder gar Gewaltenteilung keine Spur. Unter Xi Jinping benutzte China seinen Außenhandel regelmäßig durch Embargos und Boykotte als politische Waffe, dem mal Japan, mal Korea, mal Vietnam und die Philippinen, Taiwan sowieso, aber auch Australien (weil es die Ursprünge des Corona-Virus genauer untersucht haben wollte), Norwegen (weil ein chinesischer Dissident in Oslo den Friedensnobelpreis bekam) und wie erwähnt Litauen zum Opfer fielen. Während dank des Freihandels der WTO gut 800 Millionen Chinesen sich in zwei Jahrzehnten aus einer Situation absoluter Armut eine relativ komfortable Mittelschichtenexistenz aufbauen konnten (und die wenig wettbewerbsfähigen Industriestädte der USA, Englands, Italiens und Frankreichs beträchtliche Arbeitsplatzverluste erlitten), ignorierte die Peking-Führung – ebenso wie der Kreml in Moskau – souverän das Regelwerk und die Schiedssprüche der WTO. Das gilt natürlich auch für das Urteil des Internationalen Gerichtshofs von 2016, der die Annexion und Militarisierung der Atolle des Südchinesischen Meers verurteilte. China schickte nicht einmal Beobachter zu seinen Verhandlungen. Der Bruch des Abkommens zur Rückgabe Hongkongs von 1997, der Hongkongs Autonomierechte noch bis 2047 garantieren sollte, überrascht dann auch nicht mehr.

Dann haben wir die hehren Klimaziele, die auch China unterschrieben hat, denn bis 2060 will es angeblich tatsächlich klimaneutral werden. Bis dahin wird also noch sehr viel schmutziges Wasser den Yangtse hinunterfließen. Denn China produziert derzeit 31% der Weltemissionen von CO². Weil 60% seines Energiebedarfs von Kohle gedeckt werden, verbraucht es mehr Kohle als der Rest der Welt zusammen. Mit der aktuellen Energieknappheit hat es 2021 seine Importe auf \$ 6 Milliarden verdreifacht und die einheimische Förderung maximal hochgefahren. Und weil der Smog in Peking und großen Teilen Nordchinas unerträglich geworden ist, empfiehlt die Partei jetzt Ski-Kurzurlaube 1000 km weiter westlich auf dem Kunstschnee der neuen Olympiapisten.

Die wirtschaftliche Zukunft: Wachsen Chinas Bäume in den Himmel ?

Nein, sie tun es nicht. Vor 30 Jahren noch war Japan der Angstgegner des Westens, schien mit höherer Produktivität und oft besserer Qualität in allen industriellen Sektoren: vom Stahl, über die Werften, die Verbraucherelektronik, die Optik, Kugellager bis zu den PKWs überlegen. Heute hat die überalterte, überschuldete Inselnation in den meisten Industrien ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und fast die gleichen Probleme wie Europa.

In China sorgt die Regelungswut seit Xi Jinping als Technologie- und Wachstumsbremse. So wurden ihm im Vorjahr die privaten Hochtechnologie-Konzerne wie Alibaba (e-Commerce) mit Jack Ma, Tencent (Internet, Videospiele), der Fahrdienstleister DiDi, der Suchmaschinenbetreiber Baidu und WeChat als Datensammler zu mächtig, wurden staatlicher Kontrolle unterworfen und mussten statt zur New Yorker Börse nach Hongkong gehen, wo sie besser kontrolliert werden können. Xi Jinping zog aus Trumps Halbleiter-Embargo gegen Huawei, das diesen aus dem Smartphone-Markt drängte, die Schlussfolgerung, dass China nicht länger hauptsächlich Haushaltselektronik und Verbraucheranwendungen herstellen sollte, sondern als neue Industriepolitik seine Ressourcen vorrangig in die Halbleiterproduktion, Lithium-Batterien und e-Autos stecken sollte. Und dies vorrangig von den mit Subventionen privilegierten, aber wesentlich ineffizienteren Staatskonzernen.

Dazu drehte er der boomenden Bauwirtschaft fast über Nacht den Kredithahn ab. Der Immobiliensektor überhitzte, weil Chinas Mittelschichten noch mehr als im Euro-Europa keine andere Investitionsmöglichkeit für ihre Spargroschen und Altersversorgung haben: Die Börse ist ein Casino und Auslandsinvestitionen für Private verboten. So strauchelte der zweitgrößte Baukonzern Evergrande, der sich mit \$ 300 Milliarden Schulden hochspekulativ überhoben hatte, in eine kontrollierte Pleite. Die Null-Toleranzpolitik bei Corona-Ausbrüchen, die die Welt entweder den Lebendviehmärkten oder einem Labor in Wuhan verdankt, führte zu wochenlangen Ausgangssperren und Abriegelungen von Millionenstädten und Exporthäfen, die nicht nur die internationalen, sondern auch die innerchinesischen Lieferketten beeinträchtigten. Die Rigidität der chinesischen Überwachungsdictatur mussten auch die Sportler der freudlosen Winterspiele im Februar 2022 erfahren, die 48 Stunden nach Medaillenerwerb ausrei-

sen mussten, oft – wiewohl meist völlig unpolitisch gesonnen – mit den Worten „Nie wieder China“.

Hongkong mit seinen 7,5 Millionen Einwohnern galt bis 2019 als eines der freiesten Länder Asiens. Dieses System hätte wie vertraglich mit London vereinbart bis 2047 dauern sollen, wurde von Xi Jinping jedoch brutal abgekürzt, der jetzt mit einem Nationalen Sicherheitsgesetz, verschärft durch die Corona-Bekämpfung, direkt durchgreift. Die Presse und die Gerichte wurden gleichgeschaltet. Zensur herrscht an Schulen und Hochschulen. Der Exodus der Expats und qualifizierten Einheimischen (zumeist nach England oder Singapur) hat massiv eingesetzt. Das Ende von Hongkong als internationaler Finanzplatz ist absehbar. Es wird nur noch den kontinental-chinesischen Markt bedienen.

Zwar wird die offizielle Wachstumsrate für 2021 noch auf etwa 5% geschätzt – für China eine Flaute. So stürzte der Hang Seng Index seit März 2021 um mehr als 30%. Die Bevölkerung ist seit drei Jahrzehnten an ständig verbesserte Lebensumstände gewöhnt, wofür die unfehlbare Partei den Verdienst in Anspruch nahm. Im Herbst 2022 will der 68-jährige Xi Jinping sich beim 20. Parteitag als Präsident für eine seit Mao nicht mehr gekannte dritte Amtszeit bestätigen lassen. Es könnte gut möglich sein, dass seine zahlreichen Feinde im Politbüro und ZK, die er sich mit seinen als Anti-Korruptionskampagnen getarnten Säuberungen gemacht hat und die mit seinem hemmungslosen Personenkult, seiner unprofessionellen Wirtschafts- und aggressiven Außenpolitik nicht einverstanden sind, ihm doch noch einen Strich durch die Rechnung machen könnten.

Dr. Albrecht Rothacher, geboren 1955, studierte und arbeitete insgesamt ein Jahrzehnt in Japan, zuletzt als Gesandter-Botschaftsrat an der EU-Delegation in Tokyo. Seit seiner Pensionierung 2020 mit zeitgeschichtlichen Studien befasst.

Literatur

Martin Krieger, *Geschichte Asiens*. Köln: Böhlau 2009

Matthias Naß, *Drachentanz. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und was er für uns bedeutet*. München: C.H. Beck 2021

Konrad Seitz, *China. Eine Weltmacht kehrt zurück*. Berlin: Siedler 2001

Theo Sommer, *China First. Die Welt auf dem Weg ins chinesische Jahrhundert*. München: C.H. Beck 2019

Albrecht Rothacher, *Putinomics. How the Kremlin Damages the Russian Economy*. Heidelberg: Springer 2021

Thomas Fasbender, *Wladimir W. Putin. Eine politische Biographie*. Neuruppin: Landt Manuscriptum 2022 Rezension